

Fachkräftemangel hin oder her, gut ausgebildete Ukrainerinnen und Ukrainer finden oft keinen passenden Job.

Foto: Getty Images / Todd Pearson



Neustart mit Hürden

Von der Vollzeit-Juristin zur Teilzeit-Küchenhilfe? Nach der Flucht aus der Ukraine in Österreich wieder Fuß zu fassen ist für viele Menschen eine Herausforderung. Manche Bedingungen für eine Jobaufnahme könnte man justieren.

Regina Bruckner, Pauline Severin

Mariia Iefemieienko sitzt in einem schlichten Besprechungsraum bei It Works im zweiten Bezirk in Wien, einem der Berater, bei dem das AMS Wien Dienstleistungen zukaft. Die 42-jährige Ukrainerin kommt hierher, um gemeinsam mit ihrem Betreuer Igor Balita die Jobinserate zu durchforsten. Iefemieienko ist eine selbstbewusste Frau, gemeinsam mit ihrem Sohn ist sie Mitte März nach Österreich gekommen. Die Juristin hat in der Regierung Poroschenko im Staatsdienst gearbeitet und in Odessa gelebt. 20 Jahre hat sie als leitende Managerin gearbeitet, jetzt sucht sie mithilfe von It Works wieder eine Stelle. „Als Managerin, nicht als Erdbeerpflückerin und nicht in der Gastronomie als Zimmerfrau“, sagt sie bestimmt.

Genau dort landen derzeit die meisten Geflüchteten aus der Ukraine. Diesen Schluss lässt zumindest die Zahl der Beschäftigungsbewilligungen zu. Von den insgesamt 15.393 österreichweit erteilten Bewilligungen ging mit 2627 der größte Teil an Firmen, die nach Köchinnen und Küchengehilfen gefragt hatten. Gefolgt von landwirtschaftlichen Betrieben und Gebäudereinigern mit gut 2200. Was man herauslesen kann: Hochqualifiziert sind die meisten Jobs nicht. Mit 3434 Bewilligungen erfolgte der größte Teil in Wien, gefolgt von Ober- und Niederösterreich. In der Hauptstadt müssen sich Geflüchtete aus der Ukraine – anders als in vielen anderen Bundesländern – nicht beim AMS vormerken lassen, sobald sie die Mindestsicherung bekommen.

Eine alternative Zukunft planen

In Österreich leben derzeit rund 90.000 Menschen (56.000 davon in der Grundversorgung), die ihre Heimat wegen des Krieges verlassen mussten – gut 26.000 in Wien. Nur ein sehr kleiner Teil davon sei erwerbstätig, sagte jüngst AMS-Vorstand Johannes Kopf im ORF. Nur rund 7000 Menschen befänden sich in Beschäftigung, weitere 8000 seien beim AMS gemeldet – zwei Drittel davon Frauen. Kopf ging davon aus, dass 25.000 Menschen in den Arbeitsmarkt integrierbar wären, aber nicht beim AMS gemeldet seien. „Das macht mir Sorgen“, sagte der AMS-Chef in der ZfB 2. „Ich verstehe aus tiefstem Herzen den

Wunsch, möglichst rasch nach Hause zurückzukehren (...), aber ich darf die Bitte aussprechen: Planen Sie auch eine alternative Zukunft, zumindest eine temporäre, in Österreich.“ Kopf schlug vor, die Geflüchteten aus der Grundversorgung in die Sozialhilfe zu bringen: Dann müssten sie mit dem AMS kooperieren. „Das wäre die Übernahme statt Grundversorgung in die Sozialhilfe oder in Wien in die Mindestsicherung. Damit haben sie mehr Geld. Das ist ein aus meiner Sicht sozialpolitisch sinnvoller Vorschlag.“ Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) kann dem weniger abgewinnen. Nach Erstaufnahme und Unterbringung müsste die Message jetzt „Selbsterhaltung“ sein.

Migrationsforscherin Judith Kohlenberger hält Kopfs Idee hingegen für vernünftig. Nur bei jenen, die beim AMS gemeldet seien, wüsste man, wer tatsächlich erwerbsfähig sei oder auch welche Kompetenzen er oder sie mitbrächten, sagt die Forscherin. Man könnte sie zielgerichteter unterstützen. Zudem würde die Überführung in die Sozialhilfe es den Menschen eher ermöglichen, sich eine Privatunterkunft zu organisieren. Davon würden alle profitieren.

Mehr Flexibilität

Grundsätzlich hätte man in Österreich aus dem Jahr 2015, als viele Neuankömmlinge hierhergekommen seien, gelernt. Allerdings sei die sozioökonomische Struktur der Menschen aus der Ukraine anders, sagt Kohlenberger, viele seien gut gebildet. Da bräuchte es womöglich auch mehr Flexibilität“, sagt sie während der Pandemie Ärztinnen und Ärzte schon während des Nostrifizierungsprozesses eingesetzt werden. Diese Art von Pragmatismus würde auch jetzt helfen, findet Kohlenberger. Den Nostrifizierungsprozess sieht auch Manuela Vollmann, Geschäftsführerin des Frauenberufszentrums ABZ Austria, als Problem. Sie fordert aber, dass man auch bei anderen Dingen genauer hinschaut: „Schon bei syrischen und afghanischen Geflüchteten wurde das Trauma nicht beachtet“, sagt sie.

Mariia Iefemieienko hat sich jedenfalls dazu entschieden, eine alternative Zukunft zu planen, auch wenn sie, „wieder nach Hause gehen will, wenn der Krieg zu Ende ist“. Die Unternehmen machen es ihr aber nicht leicht.

Wie viele Bewerbungen sie schon geschrieben habe, wisse sie gar nicht mehr. Die meisten ihrer Landsleute hätten höhere Ausbildungen, aber sie kämen in Österreich nur für niedrigere Dienste infrage. „Die Firmen sind noch nicht bereit, hochgebildete Ukrainer und Ukrainerinnen aufzunehmen“, meint sie.

Laut ABZ-Geschäftsführerin Vollmann ist Iefemieienko bei weitem kein Einzelfall. In Österreich lebten derzeit viele Ukrainerinnen und Ukrainer mit hohem Bildungsniveau, erzählt sie. Das zeige Fast Tracks, eine spezifische Beratungsstelle des ABZ für arbeitssuchende Fachkräfte im Bereich Medizin oder Technik. Ein beträchtlicher Teil ihrer Kundinnen habe in den Herkunftsländern studiert, verweist Vollmann auf eine hohe Zahl an medizinischem Fachpersonal. „Gerade in Zeiten

wie diesen sollten wir das Potenzial nutzen“, sagt sie. Über 60 Prozent der Arbeitssuchenden, die in diese Beratungseinrichtung kämen, hätten in der Heimat als Ärztinnen gearbeitet.

Die Sprache, insbesondere das Fachvokabular, die Nostrifizierung des Studiums und die Kinderbetreuung sowie die Trauma-Erfahrungen stünden den Betroffenen auf der Jobsuche im Weg. Bisher hätten dank Fast Track Health 63 Personen den ersten Schritt zur Nostrifizierung geschafft, sagt Vollmann. 16 von ihnen hätten auch einen passenden Arbeitsplatz gefunden.

Sprechen Sie Deutsch

Igor Balita betrachtet ebenfalls die Sprache als Haupthürde. Dazu kämen aber weitere Probleme, etwa wenn jemand seine Wohnung in Österreich verliere. 60 Menschen aus der Ukraine hat Balita zu betreuen. Zwei seiner Schützlinge konnte er als Managerinnen vermitteln – in einem Softwareunternehmen und in einer Galerie. Forscherin Kohlenberger findet, die Menschen in Österreich könnten etwas flexibler sein. In anderen Ländern sei es einfacher, dass in Unternehmen auch Englisch gesprochen werde.

Eine weitere Hürde ist laut Balita, dass Firmen beim AMS einen Antrag stellen müssen, wenn sie jemand aufnehmen wollen: Die Antwort dauere oft Wochen. Viele bewegten sich bis zur Bewilligungserteilung in der Grauzone. Das gehe nicht selten zuungunsten der Geflüchteten aus, sieht diesen Prozess auch Kohlenberger kritisch.

Iefemieienko lässt sich die Hoffnung jedenfalls nicht nehmen. Eine bekannte Chirurgin habe einen adäquaten Job gefunden. „Ich bin nicht enttäuscht“, sagt sie. Sie habe Freiwilligenarbeit und ein Dach über dem Kopf. Es sind ihr durchaus interessante Jobinserate untergekommen, bei der Uno oder der Unesco. Auch bei der Polizei hat sie sich beworben. Noch kam keine Antwort. Vollmann ortet eine steigende Nachfrage bei den Beratern, da vielen Geflüchteten bewusst geworden sei, dass sie diesen Winter noch nicht nach Hause fahren können. Dass der Zeitpunkt einer Rückkehr nach Hause in den Sternen steht, ist auch Iefemieienko klar: „Was in einem Monat ist, kann ich nicht sagen.“



Juristin Mariia Iefemieienko sucht einen zu ihrer Qualifikation passenden Job.

Foto: Regina Bruckner